

Die politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen

Rudic, Feliks Michajlovic

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rudic, F. M. (1999). *Die politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 22/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47975>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 22/1999

30. Juni 1999

Die politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen

Zusammenfassung

Der Wahlkampf und die im Oktober anstehende Präsidentenwahl in der Ukraine finden vor dem Hintergrund wachsender Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit ihrer sozialen und politischen Situation statt. Diese Aktuelle Analyse prognostiziert nicht den Wahlausgang, sondern benennt die Sachverhalte, die für und gegen die einzelnen Kandidaten sprechen. Denkbar ist ein Wahlsieg sowohl des Amtsinhabers Kučma wie eines Kandidaten der linken Opposition oder auch eines unabhängigen Bewerbers. Ein neuer Schwung für Reformen wird am ehesten von einem unabhängigen Kandidaten erwartet, dessen Wahlsieg jedoch unwahrscheinlich ist.

Um sich die politische Situation in der Ukraine vor den Präsidentschaftswahlen, die im Oktober diesen Jahres stattfinden sollen, vorzustellen, ist es angebracht, die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe der Übergangsperiode kurz zu charakterisieren.

Die Ukraine hat zweifellos für immer mit der Vergangenheit gebrochen; eine Rückkehr gibt es nicht. Sie nimmt die Konturen eines modernen, vollwertigen und zivilisierten Staates mit den entsprechenden politischen und ökonomischen Formen an. Nachdem unser Staat in die Übergangsperiode eingetreten ist, hat er nur in allgemeinen Zügen festgelegt, wohin der Weg führt, und noch ungenauer wurde bestimmt, auf welche Art und Weise dies zu geschehen hat.

Die gegenwärtige Etappe der Übergangsperiode ist durch eine permanente Krisensituation auf politischem, ökonomischem, sozialem und geistigem Gebiet charakterisiert.¹ Die politische Elite der Ukraine, die unter den Bedingungen der Sowjetunion ausgebildet wurde, war lediglich in der Lage, regionale, nicht aber gesamtstaatliche Probleme zu lösen.

Auf *politischem Gebiet* verstärkt sich die Apathie der Bevölkerung gegenüber den Machtstrukturen: die Hoffnungen auf eine Optimierung und Stabilisierung des gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Lebens nach den Parlamentswahlen 1998 erfüllten sich nicht. Es ist zwar noch nicht zu einer sozialen Explosion gekommen, doch fehlt es an Zusammenarbeit und Vertrauen. Gerechterweise muß jedoch erwähnt werden, daß die Führungskräfte der Legislative und Exekutive in der gegenwärtigen Etappe nach Zusammenarbeit streben, auf jeden Fall zeigen sie diese Absicht. Im Oktober 1998 wurden vom ukrainisch-amerikanischen Zentrum für strategische Studien

¹ Siehe dazu detaillierter: F.M. Rudyč, Čy bahato vłady potribno vladi?: (Ukrad'na v konteksti transformacij polityčnych struktur u krad'nach SND i Baltid', Central'nod' i Schidnod' Jevropy), Kyd'v, Dovira, 1998, S. 28-40.

soziologische Umfragen durchgeführt.² Darin wurden ukrainische Bürger befragt, wie sie die Machtstellung der verschiedenen Strukturen sehen.

Prozentsatz der Befragten	Wer hat die reale Macht?
48,0	Kriminelle Strukturen (Mafia)
37,2	"Privates Kapital"
14,6	Präsident
11,4	Regierung
9,2	Verchovna Rada (Parlament)
10,1	Lokale Machtorgane

78,9 Prozent der Respondenten sind der Ansicht, daß die Machthaber die Interessen des Volkes und aller wichtigen Bevölkerungsgruppen insgesamt nicht vertreten, 58,6 Prozent meinen, daß die Rechtsprechung in der Ukraine nicht dem Gerechtigkeitssinn der Menschen entspricht und die Rechte und Interessen der Bürger nicht verteidigt.

Alle diese Zahlen zeigen, daß die Bürger der Ukraine mit der Macht insgesamt unzufrieden sind. Über 70 Prozent sind der Überzeugung, daß die wichtigsten Machtinstitutionen "nicht zum Wohl des Volkes handeln", "an deren Spitze korrupte und unfähige Funktionäre stehen, denen man nicht vertrauen kann, weil sie nur ihre eigenen Interessen verfolgen und auf die Menschen, das Land und die Zukunft pfeifen".

Negative Prozesse sind auch in der *Wirtschaft* besonders im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise zu beobachten. In den sieben Jahren, in denen die Ukraine unabhängig ist, hat sie mehr als die Hälfte ihres Industrie- und Landwirtschaftspotentials verloren. Die Warenproduktion und das Nationaleinkommen nehmen systematisch ab. Die Auslandsverschuldung der Ukraine belief sich zu Beginn des vergangenen Jahres auf 10 Mrd. Dollar.³ Für die Tilgung der Schulden wurden 1998 lediglich 1,5 Mrd. Dollar gezahlt.

Auf *sozialem Gebiet* sind eine Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich und eine Verarmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung zu beobachten. Das bestätigen auch die Zahlen derselben soziologischen Umfrage: seit 1991 nimmt die Tendenz "heute ist es schlechter als früher" zu. Im Jahr 1998 erklärten 46,8 Prozent der Respondenten, daß sie "bedeutend schlechter" leben als vor 1991 und 27,5 Prozent, daß sie "schlechter leben"; zusammengekommen sind das 74,3 Prozent. Im Vergleich zu 1993 ist dies ein Anstieg um 10 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl derer, die jetzt besser leben als vor der Perestrojka, von 17,2 Prozent auf 19,8 Prozent.

80 Prozent unserer Mitbürger beurteilen die Situation im Land negativ, und fast 62 Prozent sind überzeugt, daß die jetzige Regierung nicht in der Lage ist, die sozialökonomische und finanzielle Situation in den Griff zu kriegen.

Auf *ideologischem Gebiet* (geistige Krise) sind es die Angst der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung vor dem morgigen Tag und der Verlust der politischen und sozialen Perspektiven und Ideale. Unruhe und Irritation aufgrund der jetzigen Situation empfinden 29,2 Prozent der Bürger; von Angst, Entsetzen und Ausweglosigkeit werden 32,8 Prozent erfaßt. Gleichzeitig machen sich 32,4 Prozent Sorgen, glauben aber, daß es bald besser werden wird. Folgende Faktoren beeinflussen die Gefühle der Menschen negativ: die totale Ausradierung der Sowjetzeit aus der Geschichte der Ukraine, fehlende zivilisierte Beziehungen zu Rußland und den GUS-Ländern, Rechtfertigung der Tätigkeit nationalistischer Gruppierungen, Verbreitung von Rechtsnihilismus und Zunahme von

² Siehe dazu: V. Matvienko, Samočuvstvie graždan Ukrainy za god do presidentskich vyborov, Den', 31.10.1998.

³ Siehe: B. Gubskij, Ne fiksirovat' dolg, a ffektivno im upravljat', Golos Ukrainy. 15.12.1998.

Kriminalität und Korruption. Hinzu kommen ein verstärkter ideologischer Autoritarismus, die Monopolisierung von Presse, Radio und Fernsehen durch die Machtstrukturen, die Entstehung von Zonen, in denen Kritik verboten ist, sowie die Einengung des Informationsraums; dies alles übt einen destruktiven Einfluß aus.

Unter den Bedingungen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Instabilität der Gesellschaft strebt das Massenbewußtsein danach, eine Antwort auf zwei Fragen zu finden: Wer ist schuld an der jetzigen Situation, und wer kann die Gesellschaft aus der Krise herausführen?

Bei der Antwort auf die Frage "Wer ist schuld?" ist das Spektrum der Beurteilungen sehr breit: es reicht von der KPdSU und Gorbachev, der nach Meinung der meisten Befragten die Sowjetunion zerstört hat, bis zu den Demokraten und westukrainischen Nationalisten sowie den Dichtern und Schriftstellern. Dennoch glauben 39 Prozent, daß der Präsident der Ukraine den ersten Platz in der Reihe der Schuldigen einnimmt, dann folgen die Mafia (14,6%), die Demokraten (12,6%) und die Kommunisten (7,6%).

Auf die Frage, wer die Ukraine aus der Krise herausführen kann, gab es folgende Antworten: 17 Prozent meinen, daß dies die Kommunisten könnten, 10,1 Prozent glauben, daß Unternehmer und Geschäftsleute in der Lage seien, 8,2 Prozent sind der Ansicht, daß dies der Westen könne, und 5,6 Prozent glauben, daß die Demokraten dazu fähig seien. Mehr als 22 Prozent glauben, daß nur "das Volk selbst, die Werktätigen, wenn sie die Macht in die eigenen Hände nehmen", die Ukraine aus der Krise herausführen könne. Weil die Ukraine eine präsidential-parlamentarische Republik ist, deren Präsident umfassende Vollmachten besitzt, besteht die konkrete Aufgabe darin, einen starken gesamtnationalen Führer zu finden, der den ungünstigen Verlauf der politischen, ökonomischen, sozialen und ideologischen Prozesse sowohl in der Ukraine als auch außerhalb des Landes effektiv verändern kann.

Die wichtigsten Prätendenten für das Präsidentenamt in der Ukraine sind: Leonid Kučma (jetziger Präsident), Petro Symonenko (KPU), Oleksandr Moroz (SPU), Jevhen Marčuk (Expremierminister, parteilos).

Betrachten wir die wahrscheinlichsten Modelle. Dabei ist es nicht unser Ziel, eine genaue Antwort auf die Frage "Wer wird der nächste Präsident der Ukraine sein?" zu geben. Es handelt sich vielmehr um die Analyse von positiven und negativen Tendenzen und Faktoren, die die Wahl dieses oder jenes Kandidaten bestimmen, und um die möglichen Folgen bei der Verwirklichung eines bestimmten Modells.

Modell I. Der jetzige Präsident Leonid Kučma wird gewählt. Folgende Umstände sprechen dafür:

1. Die heutige Macht wechselt die Gebiets- und Bezirksgouverneure nach dem Prinzip der persönlichen Loyalität gegenüber dem Präsidenten aus. Einige Führer von staatlichen und privaten Strukturen wurden angewiesen (obwohl dies offiziell bestritten wird), Mittel für die Wahlkampagne zu sammeln.
2. Der jetzige Präsident kontrolliert praktisch alle staatlichen und einen bedeutenden Teil der nichtstaatlichen Massenmedien. Daneben werden die oppositionellen Massenmedien unterdrückt (bis zur Einstellung einzelner Zeitungen).
3. Man bemüht sich, vor den Wahlen die akuten sozialen Probleme um jeden Preis zu lösen: die Zahlung von ausstehenden Löhnen und Renten u.a. aus Mitteln internationaler Kredite und durch erhöhte Geldemission.

Und ein Letztes: Man muß auch die Besonderheiten der Mentalität der ukrainischen Bevölkerung in Betracht ziehen. Ein bedeutender Teil der Wähler aus Dörfern und Kleinstädten folgt der sowjetischen Tradition und stimmt in der Regel für die bestehende Macht und ihren Führer.

Faktoren, die gegen dieses Modell sprechen:

1. Die völlige Unfähigkeit der Präsidentenvertikale, in dieser prekären Situation eine zielgerichtete Politik in der Wirtschaft im allgemeinen und in jedem Bereich der Wirtschaft im einzelnen zu verfolgen.
2. Viele beurteilen die Jahre der Präsidentschaft von Leonid Kučma als Jahre nicht genutzter Möglichkeiten. Es waren Jahre, in denen es möglich gewesen wäre, bedeutende Strukturreformen und eine Verbesserung des gesamten Lebens der Gesellschaft, besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, durchzuführen, aber nichts ist verwirklicht worden. Der Präsident der Ukraine hat seine Wahlversprechen praktisch nicht gehalten.
3. Die chronische Nichtzahlung von Löhnen und Renten zeigt die offensichtliche Schwäche der Machtstrukturen.

Folgen von Modell I: In der Ukraine wird die jetzige staatlich-politische Situation, die zur Schwächung der Staatlichkeit führt, weiter fortbestehen. Reformen werden vorgetäuscht, um ausländische Kredite zu bekommen und sie dann "verschwinden" zu lassen. Die moralische und geistige Krise der Gesellschaft erreicht ihren Höhepunkt.

Allerdings ist nicht ausgeschlossen, daß während des Wahlkampfes eine wirksame wirtschaftliche und soziale Strategie entwickelt wird und hochqualifizierte Kräfte ausgewählt werden, die in der Lage sind, die anstehenden Probleme zu lösen.

Modell II. Ein Kandidat der Linken, Petro Symonenko oder Oleksandr Moroz, wird gewählt. Folgende Faktoren sprechen dafür:

1. Die allgemeine Wirtschaftskrise und die Verschlechterung des Lebensstandards eines bedeutenden Teils der Bevölkerung im Vergleich zur Sowjetzeit sowie eine beachtliche Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich.
2. Die Kriminalisierung der Gesellschaft. Rechte und Freiheiten der Menschen sind nicht geschützt. Fehlendes Vertrauen in die Macht und die Rechtsschutzorgane läßt den Gedanken nach Ordnung und dabei nach Ordnung um jeden Preis aufkommen.
3. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung der Ukraine wurde unter den Bedingungen der Sowjetzeit erzogen und hat sich in dieser Zeit verwirklicht. Für sie bedeutet der Verlust der Werte der sowjetischen Lebensweise automatisch eine Negierung aller Lebensziele. Wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen verbessern sollten, ist das eine andere Sache.

Faktoren, die gegen dieses Modell sprechen:

1. Selbst ein flüchtiger historischer Exkurs in die jüngste Vergangenheit führt zu der Überzeugung, daß, obwohl diese Vergangenheit anders war als die heutige schlechte Situation, sie doch auch nicht besser war.
2. Die relativen Erfolge der Linken sind das Ergebnis einer trivialen Gegenüberstellung: sie meinen, daß die jetzige Macht verantwortungslos, zynisch und überhaupt volksfeindlich ist. Weil wir gegen sie sind, wird unsere Macht selbstverständlich verantwortungsvoll und volksverbunden sein. Doch hier tauchen Zweifel auf: praktisch alle Errungenschaften der Exsowjetunion waren doch das Ergebnis außerordentlicher Kraftakte der Menschen (Jahre des friedlichen Aufbaus, Kriegsjahre mit vielen Millionen von Menschenopfern) und nicht das Ergebnis einer kompetenten Führung.
3. Das Fehlen von charismatischen Persönlichkeiten in der linken Bewegung. Man muß der Behauptung einer populären Zeitung zustimmen: "Der farblose Oleksandr Moroz, der sich ewig um das Vaterland Sorgen machende Petro Symonenko, die Doktorin der Wirtschaftswissenschaften mit den Manieren eines Marktweibs, Natalija Vitrenko, können natürlich nicht mit einem bedeutendem Wahlsieg rechnen."⁴

⁴ Siehe: Ju. Barabaš, ...I o pogyde v Krymu. Vybyry vyigraet tot politik, kotoryj budet ustraivat' vsech, Den', 25.10.1998.

Und dennoch wird der Erfolg des Kandidaten der Linken in vielem von der Geschlossenheit und der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten bestimmt werden. Am ehesten könnte dies Oleksandr Moroz sein. Das von der Präsidialadministration in den Massenmedien künstlich aufgeblähte Thema "der kommunistischen Gefahr" macht für die linken Kräfte gute Reklame.

Folgen von Modell II: Es ist das komplizierteste Modell in bezug auf die Folgen. Falls es realisiert werden sollte, ist die Palette der Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung sehr breit. Sie reicht von der Wiedereinführung der sozialistischen Wirtschaft und der UdSSR, für die Petro Symonenko eintritt, bis zu einer Wirtschaftsunion mit Rußland, bis zur staatlichen Regulierung der Marktwirtschaft und bis zum Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Diese Prinzipien vertritt Oleksandr Moroz. Will das die Gesellschaft? Diese Frage verdient die Aufmerksamkeit aller.

Modell III. Der unabhängige Kandidat Jevhen Marčuk wird gewählt. Folgende Umstände sprechen dafür:

1. Die ukrainischen Wähler möchten in ihrer überwiegenden Mehrheit einen Führer von gesamtnationaler Bedeutung an der Spitze des Staates sehen, der die Reformen zügig vorantreibt, die Kriminalität, Korruption und die Clans entschlossen bekämpft und die soziale Marktwirtschaft, den Sozialstaat und die Solidarität einführt.
2. Jevhen Marčuk ist der einzige reale Anwärter auf das Präsidentenamt, der im Unterschied zu den anderen Kandidaten Charisma, Intelligenz und ein hohes intellektuelles Niveau hat; er ist ein guter Analytiker und Redner, ein rationaler Politiker, der Fremdsprachen beherrscht. Ein großer Teil der Wählerschaft, der der heutigen Macht nicht vertraut, ist bereit, ihn zu unterstützen.
3. Auf dieses Modell setzt auch die Weltgemeinschaft große Hoffnungen. Sie ist an einer zivilisierten Entwicklung der politischen, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Ukraine, an dem mächtigen Rohstoff- und wissenschaftlich-technischen Potential sowie an den Transitmöglichkeiten unseres Staates interessiert. Internationale Experten betrachten Jevhen Marčuk als Verfechter einer schrittweisen Integration in NATO und EU.

Faktoren, die gegen dieses Modell sprechen:

1. Die jetzige Ungewißheit, ob Jevhen Marčuk von den politischen Parteien, darunter auch von der Partei, die mit ihm sympathisiert (Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine), unterstützt wird sowie von gesellschaftlichen Organisationen, sozialen Schichten und Regionaleliten.
2. Die Versuche der jetzigen Macht, dem unabhängigen Kandidaten einen entscheidenden Schlag zu versetzen, um im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen als Gegenkandidaten einen Vertreter der Linken zu haben, gegen den sie einen Großteil des Elektorats leicht mobilisieren kann.
3. Die Zusammenarbeit des Kandidaten mit Politikern ohne Zukunft und mit Geschäftemachern von zweifelhaftem Ruf, was fraglos seiner Autorität schadet.

Folgen von Modell III: Ein Wahlsieg des unabhängigen Kandidaten mit gutem Ruf verschafft ihm einen großen Vertrauenscredit sowohl bei der Bevölkerung der Ukraine als auch im Ausland. Dies würde bedeuten, den Reformprozeß entschlossen fortzusetzen, alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens zu optimieren und die Arbeitsfähigkeit und Effektivität der Verwaltung zu steigern.

Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Ideen der Sozialdemokratie gegenwärtig im wesentlichen von der politischen Elite geteilt werden, aber für die meisten Wähler bislang unverständlich sind und von ihnen kaum akzeptiert werden.

Wie wir sehen, gibt es kein "Universalmodell" des Präsidenten. Das bestätigen auch die soziologischen Umfragen.⁵

⁵ Siehe: Portret "ideal'nogo" presidenta glazami kspertov-sociologov, politologov i političeskich dejatelej, Ukraina i mir segodnja, 19.-25.12.1998

Verständlicherweise erfassen die analysierten Modelle nicht die ganze Vielfalt der Entwicklungsmöglichkeiten bei den Präsidentschaftswahlen 1999. Es ist durchaus denkbar, daß sich der Parlamentsvorsitzende Oleksandr Tkačenko in den Präsidentschaftswahlkampf einschaltet.

Jedes untersuchte Modell kann unter bestimmten Bedingungen realisiert werden.

Was erwarten die Bürger vom Präsidenten? Auf die Frage: "Welche Probleme muß der Präsident vor allem lösen?" gibt es vier Antworten: Abbau der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Einkommen und Hebung des Lebensstandards, Unterstützung des einheimischen Unternehmertums und Sicherstellung eines würdigen Lebensstandards für die Rentner.⁶ Dem wäre noch hinzuzufügen, die Wirtschaft zu ordnen und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität zu verstärken.

Die Wahlprogramme aller Kandidaten werden diese Lösungen enthalten. Es handelt sich lediglich darum, wem es gelingen wird, sie effektiv umzusetzen. Eine entscheidende Rolle wird dabei spielen, wie gut der Wahlkampf organisiert ist. Dabei müssen wissenschaftliche Untersuchungen, die die soziologischen, statistischen, historischen, nationalen und anderen Besonderheiten der Regionen berücksichtigen, einbezogen werden.

Die Ukraine ist de jure ein Unitarstaat, de facto ist sie die Gesamtheit von territorialen Gebilden, die gegensätzliche Interessen und Vorstellungen vom Staatsaufbau haben. Derjenige Kandidat wird die Wahlen gewinnen, der alle zufriedenstellt. In der Politik ist dies möglich.

Feliks Rudič

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für politische und ethnonationale Studien der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiev.

Stand: 18.3.1999

Übersetzung: Christel Dittmann

Redaktion: Gerhard Simon

⁶ Siehe: N. Chudjaeva/O. Ivancov, "Spros" na drugogo Presidenta est', Den', 19.12.1998.